

# PARLAMENTSTICKER

AUS DEM LANDTAG | 9. MAI 2019



## BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST GLEICHE BEZAHLUNG FÜR LEHRKRÄFTE

**Lehrkräfte an Grundschulen und in der Sekundarstufe I erhalten schrittweise mehr Geld. Das hat die Bürgerschaft heute beschlossen. Nach mehreren Zwischenschritten sollen diese Lehrerinnen und Lehrer ab 2021 wie ihre Kollegen an Gymnasien in der Besoldungsstufe A 13 eingruppiert werden. Damit wird eine Initiative der SPD-Fraktion nun umgesetzt.**

„Die Anforderungen an Unterricht auf unterschiedlichen Lernniveaus und an individuelle Unterstützung, wie es sie in der Primarstufe und der Oberschule gibt, erfordern eine hohe Kompetenz der Lehrkräfte. Und diese Anforderungen sind keinesfalls geringer zu bewerten als die an einem Gymnasium“, betonte die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion, Sybille Böschen, heute in der Bürgerschaft.

Dass die Lehrkräfte bislang dennoch unterschiedlich bezahlt würden – die einen in der Besoldungsstufe A 12, Lehrkräfte an Gymnasien eine Stufe höher – sei eine Ungerechtigkeit, die mit dem heutigen Beschluss korrigiert werde, so die Sozialdemokratin. „Die Erkenntnis, dass die Arbeit in der Primarstufe von zentraler Bedeutung für die weitere Lernentwicklung der Kinder ist und keineswegs weniger anspruchsvoll als im Gymnasium, ist dabei nicht neu, und Bremen war damals mit Hamburg und Hessen eines der ersten Bundesländer,



Spätestens nach der Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse sei dieses Argument jedoch hinfällig. „Was vorher schon nicht in Ordnung war, wurde jetzt noch ungerechter, denn egal um welchen Bereich es geht, alle Studierenden für das Lehramt studieren an der Universität über denselben Zeitraum, zwar unterschiedliche aber auf jeden Fall gleichwertige Inhalte“, sagte Böschen, die selbst Lehrerin ist und heute ihre letzte Rede in der Bürgerschaft hielt, und fügte an: „Ich bin froh, dass zum Ende meines Berufslebens diese Ungerechtigkeit endlich ausgeräumt wird und zwar so, dass alle Lehrkräfte in der Primarstufe und an der Oberschule zukünftig A 13 bekommen, egal, aus welchem Bundesland sie kommen und welche Ausbildung sie durchlaufen haben – also auch alle die, die bereits im Dienst sind.“

„Und noch einen Grund zur Freude gibt es“, so Böschen abschließend. „In den vergangenen Jahren konnte Bremen aufgrund der schwierigen Finanzsituation die ausgehandelten Tarifiergebnisse im öffentlichen Dienst in der Regel nicht für die Beamten zeit- und wirkungsgleich übertragen – wohlgemerkt, nicht weil wir ihre Arbeit weniger geschätzt hätten, sondern ausschließlich weil der Spardruck derartig hoch war. Nun lockert sich dieses Korsett, und endlich können wir mit der zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des Tarifiergebnisses auch für die Beamtinnen und Beamten in Bremen diese Ungleichbehandlung beenden.“

Bundesländer, die dies nicht nur erklärt haben, sondern ihre Ausbildung auch so verändert haben, dass sie diesen Ansprüchen genügt“, erklärte Böschen. Auch die Bezahlung sei angeglichen worden.



Sybille Böschen

Allerdings seien die anderen Bundesländer bei der Umstellung der Ausbildung nicht nachgezogen, und so sei Bremen als Haushaltsnotlageland unter den Druck geraten, eine vermeintliche Besserstellung seiner Beschäftigten zu beenden. So sei die Ausbildung wieder umgestellt worden, und Grund- und Hauptschullehrkräfte wurden wieder in A 12 eingruppiert, mit dem Argument, dass ihr Studium kürzer und weniger wissenschaftlich sei als das von Gymnasiallehrkräften.

Impressum:

**SPD-Bürgerschaftsfraktion  
Land Bremen**

Wachtstraße 27/29  
28195 Bremen

**T. 0421.336770 / F. 0421.321120  
spd-fraktion@spd-bremen.de**

**V.i.S.d.P.:**  
Matthias Koch

**Redaktion:**  
Matthias Lüdecke, Philipp Schrage,  
Phillip Wauter, Timo Joost

## ANTRAG EUROPÄISCHEN AUSTAUSCH UNTERSTÜTZEN!

Die europäische Idee lebt vom Kontakt der Menschen untereinander. Das Programm Erasmus+ ist in diesem Zusammenhang ein wichtiger Garant für den internationalen Austausch junger Europäerinnen und Europäer. Als Teil der letzten europapolitischen Debatte der laufenden Legislaturperiode diskutierte die Bremische Bürgerschaft einen Koalitionsantrag, der das Ziel einer effektiven Unterstützung der Erasmus-Aktiven im Land Bremen verfolgt. Auch Pläne für eine Europäische Universität waren ein Thema.

„Mehr als sieben Millionen Europäerinnen und Europäer haben dank Erasmus+ und seiner Vorgängerprogramme in einem anderen europäischen Land gelebt und gelernt. Der europäische Bildungs-, Forschungs- und Innovationsraum ist also keine ferne Zukunftsvision, denn viele Menschen haben den freien Austausch erlebt und tragen so die Idee der europäischen Einigkeit weiter“ sagte die SPD-Abgeordnete Eyfer Tunc in ihrer Rede heute in der Bürgerschaft und betonte: „In Zeiten von Europaskepsis und nationaler Abschottung trägt Erasmus+ so zur Neubegründung und Stärkung der europäischen Gemeinschaft bei.“

Die EU bewerte das Programm, das in seiner aktuellen Form bis 2020 läuft, sehr positiv. Deshalb solle es fortgeschrieben und auf Vorschlag der EU-Kommission bis 2027 mit 30 Milliarden Euro gefördert werden, berichtete die Sozialdemokratin,



Eyfer Tunc

die aber auch die organisatorischen Hindernisse benannte: „Um sich erfolgreich an Erasmus zu beteiligen, müssen seitens lange Anträge geschrieben, Projekte abgerechnet, grenzüberschreitende Kooperationen



gepflegt und Menschen ermutigt werden, für eine gewissen Zeit ins europäische Ausland zu gehen. Aktive berichten immer wieder von mangelnder Zeit und fehlender Infrastruktur. Deshalb braucht Bremen dringend eine Koordinierungsstelle.“

Die Schaffung einer solchen Stelle, die bei der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit angesiedelt werden soll, hat die Bürgerschaft auf Initiative der rot-grünen Koalition heute beschlossen. „Außerdem soll in diesem Zusammenhang ein Koordinierungsgremium zur Vernetzung

der Erasmus-Aktiven im Land Bremen eingerichtet und geprüft werden, inwieweit die Aufstockung der Entlastungsstunden im schulischen Bereich sinnvoll oder möglich ist“, erklärte Tunc, die zudem begrüßte, dass die Bremer Universität sich um den Titel Europäische Hochschule beworben habe. „Dies wollen wir unterstützen“, sagte Tunc, denn für sie steht fest: „Bremen ist Europa und Europa ist Bremen – es ist ein fester Teil der Bremer Identität!“

> Zum Antrag und zur Anfrage:  
<http://tiny.cc/erasmus-aktive>  
[http://tiny.cc/europaeische\\_uni](http://tiny.cc/europaeische_uni)

## ANTRAG GESUNDHEITSBERICHT: ERSTE MASSNAHMEN BESCHLOSSEN

Die Bürgerschaft hat heute den Landesgesundheitsbericht debattiert, für den der Senat eine Vielzahl von Daten zur gesundheitlichen Lage und der gesundheitlichen Versorgung im Land Bremen ausgewertet hat. „Dieser Bericht bietet eine gute Grundlage für unser weiteres politisches Handeln“, sagte die gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Steffi Dehne, und auf Initiative der SPD-Fraktion hat das Parlament bereits heute einen ersten Beschluss gefasst: Im Bremer Westen soll ein integriertes Gesundheitszentrum entstehen. Der Bedarf in anderen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven soll geprüft werden.

„Wir werden unsere Präventionsmaßnahmen verstärken, um die gesundheitliche Lage der Bevölkerung zu verbessern“, sagte Steffi Dehne. „Hier ist es sinnvoll, in den Stadtteilen präsent zu sein, damit die Menschen kurze Wege zu entsprechenden Angeboten haben und diese auch nutzen

können. Einen Fokus sollten wir hier gerade auf die Stadtteile mit größeren sozialen Belastungen legen und die Präventionsangebote vor Ort gezielt ausbauen.“ Einen ersten Schritt ist die Bürgerschaft bereits heute in diese Richtung gegangen. Auf Initiative von SPD und Grünen beschloss sie, dass der Senat bis Ende des Jahres ein Konzept für ein integriertes Gesundheitszentrum im Bremer Westen vorlegen sowie darstellen soll, in welchen Stadtteilen in Bremen und Bremerhaven es einen ähnlichen Bedarf gibt.



Steffi Dehne

Dabei plädierte Dehne für ein möglichst weit gefasstes Angebot. „Wir sollten nicht nur körperliche Beschwerden in den Blick nehmen, sondern auch psy-

chische Belastungen und Umweltfaktoren wie zum Beispiel die Luftqualität.“

Dehne griff zudem noch einen weiteren Aspekt des Berichtes auf. „Die Gesundheit unserer Kinder muss ein besonderer Schwerpunkt sein. Speziell Übergewicht und schlechte Zähne müssen wir in den Blick nehmen. Außerdem müssen wir dafür sorgen, dass Kinder durch Impfungen vor Krankheiten geschützt werden. Hier gibt es insbesondere Verbesserungsbedarf bei der Überprüfbarkeit des Impfstatus“, sagte Dehne, betonte aber auch, dass hier bereits erfolgreiche Schritte unternommen worden seien: „Durch die Präventionsfachkräfte an den Grundschulen konnten wir schon einiges erreichen, allerdings können wir hier noch besser werden.“

> Antrag: Gesundheit in Quartieren mit besonderen Herausforderungen verbessern  
<http://tiny.cc/gesundheitszentrum>



## DIESE SPD-ABGEORDNETEN VERABSCHIEDEN SICH AUS DEM PARLAMENT

Heute trat die Bürgerschaft zu ihrer letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode zusammen. Denn am 26. Mai sind die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen.

Heute ist also auch ein Tag des Abschieds und des Danks. Denn für 13 SPD-Abgeordnete war dies ihr letzter Tag im Parlament. Sie kandidieren nicht für

die kommende Wahlperiode. Und damit endet ihr jahre- oder sogar jahrzehntelanger Einsatz für die SPD-Fraktion. Addiert man all diese Zeit, so verlassen mehr als 170 Jahre Parlamentserfahrung die SPD-Fraktion.

Uns bleibt nur zu sagen: Liebe Genossinnen und Genossen, wir sagen Danke für Eure Arbeit und Euren Einsatz. Ihr werdet uns fehlen.



**Sybille Bösch**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2003. Stellv. Fraktionsvorsitzende, Sprecherin für Gleichstellung und Arbeitsmarktpolitik



**Max Liess**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 1999. Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik



**Ingelore Rosenkötter**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2011, Senatorin a.D.. Sprecherin für Sport und die Belange von Menschen mit Behinderung



**Andreas Kottisch**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 1999. Schwerpunkt: Wirtschaftspolitik



**Dieter Reinken**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2011. Sprecher für Wirtschaftspolitik



**Jürgen Pohlmann**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 1999. Sprecher für Baupolitik und Stadtentwicklung



**Elias Tsartilidis**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2011. Sprecher für Hafenpolitik



**Insa Peters-Rehwinkel**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2011. Sprecherin für Petitionen



**Helmut Weigelt**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2011. Sprecher für Bürgerbeteiligung und Beiräte



**Bernd Ravens**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 1975, Mitglied der SPD-Fraktion seit 2016. Schwerpunkte: Soziales, Kinder und Bildung



**Jens Crueger**, Mitglied der SPD-Fraktion seit 2015. Sprecher für Umwelt, Energie und Landwirtschaft



**Eyfer Tunc**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2019. Schwerpunkte: Beiräte, Soziales, Kinder und Bildung



**Mehmet Acar**, Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 2015. Schwerpunkte: Kinder und Bildung, Bürgerbeteiligung und Beiräte, Häfen